



Open Data und Open Government

Vorträge mit Podiumsdiskussion

13. Dezember 2010, 9.00–12.00 Uhr
Microsoft Innovation Center
1120 Wien, Europlatz 3

Referenten:

Manfred Gröber, MBA (Microsoft)

Martin Kaltenböck, CMC (Semantic Web
Company)

Dr. Peter Parycek, MSc (Head of Center for
E-Government Donau-Universität Krems)

Weitere angefragt

Agenda

9.00 Let the sunshine in – Open Government

Dr. Peter Parycek, MSc (Head of Center for E-Government Donau-Universität Krems)

11.00 Pause

11.30 Das Open-Data-5-Sterne-Modell von Tim Berners Lee & die Bedeutung von Linked Government Data als nachhaltige Maßnahme für die digitale Infrastruktur eines Landes

Martin Kaltenböck, CMC (Semantic Web Company)

12.00 Open Data – Die Sicht von Microsoft und internationale Projekte

Manfred Gröber, MBA (Microsoft Österreich)

Weitere Beiträge angefragt

12.30 Ende der Veranstaltung

Let the sunshine in – Open Government

Für das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung

Zeitgemäße und innovative Umweltinformation ist eine Grundlage zur Bewusstseinsbildung für Umwelt und Umweltschutz, für die aktive Beteiligung der BürgerInnen an Umweltmaßnahmen und daher ein wichtiger demokratiepolitischer Faktor.

Die Umsetzung der EU-Umweltinformationsrichtlinie brachte einen Paradigmenwechsel im Umweltbereich, der demokratiepolitisch als Vorbild für alle öffentlichen Bereiche gelten kann: Offenheit, Transparenz, Zusammenarbeit und Überprüfbarkeit sollten künftige Grundsätze der österreichischen Politik und Verwaltung sein.



Dr. Peter Parycek, MSc

Der neue Premierminister Großbritanniens David Cameron wies sofort nach seinem Amtsantritt in einem offenen Brief die Ministerien an, ihre Datenbestände zu publizieren. Damit reiht sich Großbritannien den Staaten an, die bereits die Prinzipien von Open Government und Open Data in die politische Realität umzusetzen – allen voran die USA unter der Obama-Administration. Auch in Österreich gibt es erste Bestrebungen in diese Richtung. Abgesehen von der Umsetzung des Umweltinformationsgesetzes, wird nun durch die Open Government Data Austria Initiative die weitere Umsetzung von Open Government für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung vorangetrieben.

Open-Government-Prinzipien

Die **Grundlagen** von **Open Government** sind **Transparenz**, **Partizipation** und **Kooperation**. Erst durch die Entwicklungen der Informations- und

Kommunikationstechnologien (IKT) und deren Einzug in den Alltag der Gesellschaft ist es möglich, die drei Säulen des Open Governments koordiniert in die Realität umzusetzen.

Kernpunkt der Transparenz ist, dass der Staat seine Behörden und Dienstleister verpflichtet, sämtliche für BürgerInnen relevante Daten und Informationen in geeigneter Form zur Verfügung zu stellen. In einer digitalen Gesellschaft wird dies am einfachsten durch IKT bewerkstelligt, da der Großteil der Daten und Dokumente ohnehin in elektronischer Form existiert und von VerwaltungsmitarbeiterInnen per Knopfdruck über Datenbanken oder auf Webseiten publiziert werden kann, so dass BürgerInnen Zugang zu den Dokumenten und Daten erhalten, ohne die Behörde kontaktieren zu müssen. Neben dem Ausbau herkömmlicher Webseiten bietet das unentgeltliche Anbieten von Rohdaten neue Möglichkeiten der Verarbeitung und Auswertung durch die Öffentlichkeit. Wirtschaft, NGOs oder Bildungseinrichtungen können die Rohdaten zur Analyse oder Nutzung in Applikationen heranziehen. Wie erste Erfahrungen in den USA zeigen, eröffnet diese Transparenz bisher ungenutzte Innovationspotentiale – von Mashup-Webseiten bis hin zu Phone-Apps, die unterschiedliche Daten in ein Service zusammenführen. Information ist die Basis von Open Government, denn nur der freie und einfache Zugang zu korrekten Daten ermöglicht sinnvolle Partizipation und Kollaboration. Das Projekt »Apps for Democracy« führte mit einem Einsatz von einem Preisgeld von 50 000 Dollar zu beinahe 50 Anwendungen mit einem geschätztem Wert von 2,3 Millionen Dollar.

Partizipation bezweckt die Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Gestaltung des Staates: BürgerInnen sollen sich in demokratischen Prozessen

austauschen und entscheiden, in welche Richtung sich bestimmte staatliche Dienstleistungen und Richtlinien entwickeln sollen. Im Unterschied zu bisherigen Beteiligungskonzepten können Inhalte auch gemeinsam auf nationaler Ebene erarbeitet werden. Der Prozentsatz der Beteiligung in bekannten E-Partizipationsprojekten ist meist sehr gering, daher kann daraus keine demokratische Legitimation abgeleitet werden. Die Beteiligung der BürgerInnen ersetzt jedenfalls nicht die repräsentative Demokratie, sondern sie ermöglicht die Einbindung externer Expertise. Zwar können nicht alle Bevölkerungsgruppen mit dem Medium Internet umgehen und verfügen über Internetzugang, es kann aber davon ausgegangen werden, dass mit dem Heranwachsen einer Generation von Digital Natives die Gruppe der Nicht-InternetuserInnen in Zukunft abnehmen wird.

Durch **Kollaboration** zwischen Staat und BürgerInnen kann zum einen die Verwaltung effizienter werden und sich weiterentwickeln, andererseits können auch Aufgaben an die Zivilgesellschaft ausgelagert bzw. von BürgerInnen unterstützt werden. Der Staat erhält durch Open Government die Chance, das Engagement und das Wissen der BürgerInnen zu nutzen und ihnen Plattformen zur Verfügung zu stellen, auf denen sie untereinander und mit Behörden zusammenarbeiten können. Durch die Verknüpfung (Mashup) von Informationen verschiedener staatlicher und privater Unternehmen können neue Services entwickelt werden. So lassen sich mit partnerschaftlicher Zusammenarbeit gemeinsam Ziele erreichen, die Vorteile für BürgerInnen und Verwaltung bieten.

Paradigmenwechsel

Mit der Novelle des Umweltinformationsgesetzes UIG 2004 (BGBl. I Nr. 6/2005) hat Österreich die Europäische Umweltinformations-Richtlinie 2003/4/EG auf Bundesebene in nationales Recht umgesetzt. An Bund, Länder, Städte und Gemeinden ergaben sich daraus neue Anforderungen bezüglich Zugang zu Umweltdaten und Verbreitung von Umweltinformationen. Damit leistet die österreichische Umweltverwaltung einen wesentlichen Beitrag zu mehr Transparenz und Bürgernähe. Der damit verbundene Paradigmenwechsel sollte darüber hinaus Vorbild für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung sein.

Aktuelle Beispiele

In der Schweiz beschlossen Ende 2004 die eidgenössischen Räte mit dem Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip in der Verwaltung (BGÖ), dass jeder Person das Recht zusteht, Einsicht in amtliche Dokumente der Bundesbehörden zu nehmen. Damit wurde in der gesamten Bundesverwaltung ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel beim passiven Informationsverhalten eingeleitet.

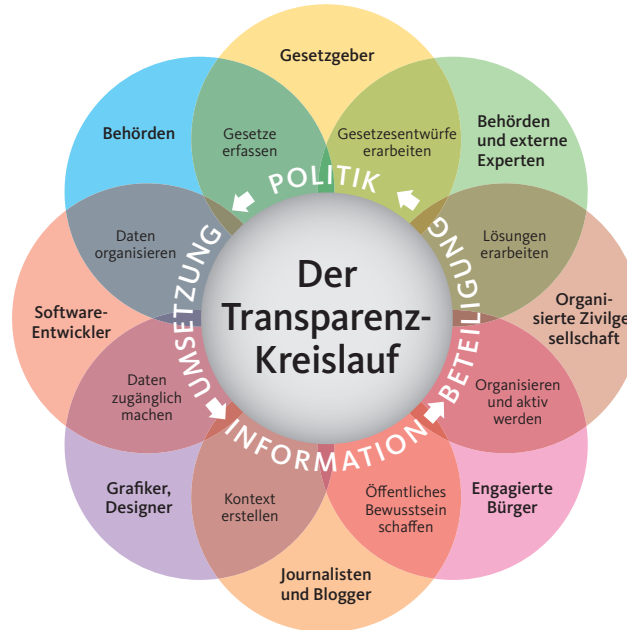
US-Präsident Barack Obama löste im Dezember 2009 mit der »Open Government Richtlinie« sein Versprechen ein, für mehr Offenheit, Transparenz, Zusammenarbeit und Überprüfbarkeit im Verwaltungsapparat zu sorgen und allen BürgerInnen den Informationszugang per Internet zu erleichtern.

Auch von Seiten der österreichischen Verwaltung wurden die Möglichkeiten erkannt: In der aktuellen E-Government Vision 2020 der Plattform Digitales Österreich werden Partizipation und interaktive Informationssysteme berücksichtigt. Die Bereitstellung ausgewählter öffentlicher Rohdaten für die Wirtschaft muss allerdings zuerst rechtlich und organisatorisch bewertet werden.

Open Data

Die Potentiale liegen auf der Hand: Nutzung der gesellschaftlichen Innovationskraft, Möglichkeit der Wirtschaft, die Daten für Produkte und bessere Entscheidungen einzusetzen und Chancen zur Demokratisierung durch erhöhte Transparenz.

Doch daneben sind auch die Hindernisse und die Gefahren zu diskutieren: Die



größte Hürde ist, dass zahlreiche Daten finanzielle Einnahmen für den Staat bedeuten, auf die er angesichts der derzeitigen Budgetknappheit kaum kurzfristig verzichten kann. Vor allem ist auch rechtlich zu prüfen, inwieweit Datenschutz und Nutzungsrechte einer Freigabe bestimmter Datensätze entgegenstehen. Die größten Gefahren wären eine »Gläserne Gesellschaft«, Interpretationsfehler der Rohdaten oder auch die bewusste Manipulation durch Datenverfälschung. Darüber hinaus könnten Stakeholder durch die potentielle Transparenz auch Machtverluste befürchten.

Ausblick

Anhand der internationalen Entwicklungen in diesem Bereich sind für Österreich vorrangig ein modernes Informationsfreiheitsgesetz etwa nach Schweizer Vorbild (BGÖ 2006) notwendig, das auch aktive Informationspflichten beinhaltet. Weiters die Ausarbeitung einer »Open Government« Strategie, die insbesondere die Open-Data- und Open-Access-Potentiale berücksichtigt.

Das Open-Data-5-Sterne-Modell von Tim Berners Lee & die Bedeutung von Linked Government Data als nachhaltige Maßnahme für die digitale Infrastruktur eines Landes

Das Thema Open (Government) Data (OGD), also das Öffnen von nicht-personenbezogenen Datenbeständen seitens öffentlicher Stellen zur Wiederverwendung durch BürgerInnen, Wirtschaft oder Wissenschaft u. a. ist derzeit sehr präsent. Ausgehend von den Open-Data-Initiativen in den USA,

Australien oder Großbritannien hat die Idee der offenen Regierungsdaten mittlerweile große Teile Europas erreicht und ist auch in Österreich nicht unbemerkt geblieben – ein Beispiel hierzu ist die Verankerung von Open Data im neuen Wiener Regierungsprogramm (Seite 65) durch die Rot-Grüne Landes- bzw. Stadtregierung.

Der Begründer des WWW und Direktor des W3C-Konsortiums Tim Berners Lee hat für Open Government Data ein sogenanntes 5-Sterne-Modell entwickelt, welches zum Ziel hat (= 5 Stars) eine Linked-Government-Data-Infrastruktur auf Basis von offenen W3C-Standards namens Linked Open Data anzubieten.

Diese Maßnahme für die digitale Infrastruktur eines Landes hat bedeutende Vorteile für Regierungsstellen, nämlich Interoperabilität in vielen Bereichen: in der Veröffentlichung von Regierungsdaten zur einfachen Wiederverwendung durch andere, in der internen Datenintegration verschiedener Datenbestände innerhalb des öffentlichen Sektors, sowie bei der Informationsintegration von externen Datenbeständen mit denen des öffentlichen Sektors als Basis für eine optimierte Entscheidungsfindung im öffentlichen Sektor.

Der Vortrag behandelt, ausgehend des 5-Sterne-Systems von Tim Berners Lee zu Open Government Data, die Ideen von Linked Government Data sowie dessen Vorteile in wirtschaftlicher sowie organisatorischer- und technischer Hinsicht und schließt mit der Conclusio, warum eine Linked-Government-Data Architektur für eine Regierungsstelle als nachhaltige Maßnahme für die



Martin Kaltenböck,
CMC (Semantic Web
Company)

digitale Infrastruktur eines Landes angedacht werden sollte!

Open Data – Die Sicht von Microsoft und internationale Projekte

Microsoft unterstützt die Bestrebungen von Regierungen weltweit, Daten der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und somit die Transparenz aber auch die Motivation zur Bürgerbeteiligung zu fördern. Mit der internationalen Initiative »Open Government Data Initiative« werden Verwaltungen aktiv mit Open Source Beispielapplikationen unterstützt, um einen schnelleren und kostengünstigen Start zu ermöglichen. Erst Cloud Computing auf Basis Microsoft Windows Azure als Plattform für Open-Data-Projekte hat eine Realisierung von Projekten in Zeiten von restriktiven Budgets in der Verwaltung ermöglicht. Gezeigt wird eine Implementation, die bereits in der Stadt Edmonton (Kanada) läuft und deren Code vollständig dokumentiert unter Open-Source-Lizenz übernommen werden kann. Weiters werden auch eine Vielzahl von Client-Formaten unterstützt, um ein möglichst breites Spektrum an Anwendungstechnologien zu ermöglichen.



Manfred Gröber, MBA
(Microsoft)

An
Future Network
1070 Wien, Kaiserstraße 14/2
Tel.: +43 / 1 / 522 36 36-37
Fax: +43 / 1 / 522 36 36-10
registration@future-network.at
<http://www.future-network.at>

ANMELDUNG: Nach Erhalt Ihrer Anmeldung senden wir Ihnen eine Anmeldebestätigung. Diese Anmeldebestätigung ist für eine Teilnahme am Event erforderlich.

STORNIERUNG: Sollten Sie sich für die Veranstaltung anmelden und nicht teilnehmen können, bitten wir um schriftliche Stornierung bis 2 Werktage vor Veranstaltungsbeginn. Danach bzw. bei Nichterscheinen stellen wir eine Bearbeitungsgebühr in

Höhe von € 50,- in Rechnung. Selbstverständlich ist die Nennung eines Ersatzteilnehmers möglich.

ADRESSÄNDERUNGEN: Wenn Sie das Unternehmen wechseln oder wenn wir Personen anschreiben, die nicht mehr in Ihrem Unternehmen tätig sind, teilen Sie uns diese Änderungen bitte mit. Nur so können wir Sie gezielt über unser Veranstaltungsprogramm informieren.

Anmeldung



- Ich melde mich zum Management Forum »Open Data und Open Government« am 13. Dezember 2010 kostenfrei an. (Mitglieder des Future Network werden vorgereiht.)
- Ich möchte in Zukunft weiter Veranstaltungsprogramme per E-Mail oder Post übermittelt bekommen.

Firma:

Titel:

Vorname:

Nachname:

Funktion:

Straße:

PLZ:

Ort:

Telefon:

Fax:

E-Mail:

Datum:

Unterschrift/Firmenstempel:

- Ich erkläre mich mit der elektronischen Verwaltung meiner ausgefüllten Daten und der Nennung meines Namens im Teilnehmerverzeichnis einverstanden.
- Ich bin mit der Zusendung von Veranstaltungsinformationen per E-Mail einverstanden.

(Nichtzutreffendes bitte streichen)